

Es lohnt sich nicht, Aktivist zu sein

Weil sich die SED an keinerlei Versprechungen hält

Das vergangene Wochenende stand in der Zone, wie alljährlich, im Zeichen der „Aktivisten“-Ehrungen. Nicht alle so Ausgezeichneten sind froh darüber, obwohl es auch ihnen möglich war, die zweifelhafte Ehrung zurückzuweisen. Für die aber, denen trotz harter Arbeit niemals eine Prämie beschieden sein wird, tauchen andere Überlegungen auf: Lohnt es überhaupt noch, für diesen Staat und seinen Plan „Aktivist“ zu sein? Dies ist keine politische — obwohl sich das kaum trennen läßt —, sondern eine soziale Überlegung. In diesen Tagen nämlich werden die Tatsachen bekannt, die auch dem Glücklichsten zu denken geben müssen: Es geht um die Erfüllung der ökonomischen Versprechungen der SED!

Jedermann weiß noch, mit welchen Versprechen dieser Fünfjahrplan begonnen hat: Progressive Lohnerhöhungen, Lösung der Rentenfrage und Aufhebung der Rationierung! Konkrete Zahlen und sogar Termine wurden genannt, Fängen wir mit der Rationierung an.

Warum Verzögerungstaktik?

Grotewohl hat in seiner Rede zum 7. Jahrestag der Zonenregierung den Termin für die Aufhebung der Rationierung zum vierten Male auf unbestimmte Zeit verschoben. Und dies, nachdem Ulbricht selbst auf der letzten Parteikonferenz den 1. Januar 1957 als endgültiges Datum nannte. Vielen wird aufgefallen sein, daß die SED-Presse seit sechs Wochen über dieses Thema schweigt. Die Verzögerungstaktik hat einen anderen Sinn. Man wäre — trotz vielen Außenhandelspannen — schon in der Lage, die Rationierung termingemäß aufzuheben, wenn man für das kommende Jahr größere Summen für die Einfuhr von Lebensmitteln abzwängen wollte. Die SED möchte diese Mittel jedoch für anderweitige Aufgaben sparen und hofft — allen Erfahrungen zum Trotz — auf die kommende Ernte wie auf ein ökonomisches Wunder!

Denn was auch über das Thema Rationierung noch gesprochen werden mag, eins steht unumstößlich fest: Auch das

SED-Regime hat es nicht nötig, zwölf Jahre nach Kriegsende noch die Rationierung aufrechtzuerhalten! Die sowjetzonale Produktion ist heute so umfangreich, daß die für die Einfuhr entsprechender Lebensmittelkontingente benötigten Gelder leicht zu beschaffen wären. Man müßte dann allerdings — zumindest für einige Jahre — auf schwerindustrielle Experimente verzichten. Eine andere Frage ist, ob die SED überhaupt ein echtes Interesse am Fortfall des Kartensystems hat, mit dem sie immer noch gewisse Bevölkerungsklassen und eine privilegierte Funktionärschicht korrumpieren kann...

Gibt es zweierlei Rentner?

Die nächste Frage gilt den Renten. Das SED-Zentralkomitee hat in der vergangenen Woche eine recht gewundene Erklärung dazu abgegeben. Der derzeitige Stand der Vorbereitungen ist jedoch, wenn man alle schwatzhafte Propaganda abstreichen will, folgender: Die SED möchte das angekündigte Renten- und Pensionsgesetz so lange wie möglich hinausschieben. Sie wird vorerst eine minimale Rentenerhöhung bewilligen, die durch einige volkswirtschaftliche Schachzüge wieder heringenommen wird. Die Rentner selbst benötigen diese Erhöhung spätestens zu dem Termin, an dem die Aufhebung der Rationierung doch noch

verkündet wird, also vermutlich im Frühsommer 1957. Dann nämlich werden sich die jetzigen HO- und Konsumpreise in der Mitte treffen, zum Leidwesen der Minderverdienenden und Rentner. Und keine Ausgleichszahlung vermag dann dem Rentner das Los auch nur annähernd zu erleichtern.

Das Tauziehen um das Renten- und Pensionsgesetz hat aber noch einen weiteren Grund. Die SED steht auf dem Standpunkt, daß nur die jetzt noch in der Produktion stehenden Arbeiter und Angestellten in den Genuß neuer Gesetze kommen sollen. Das Gros der Altrrentner soll „auf andere Art“ abgefunden werden. Hiemit werden erstmals auch die Rentner in zwei Klassen unterteilt: In solche, die während der Fünfjahrpläne aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden sind, und in jene, für die sich die SED einfach nicht verantwortlich fühlen möchte.

Lohnstopp angekündigt

Wesentlich unbekannter blieb jene Erklärung Grotewohls, wonach die Arbeiter wie auch die Gewerkschaften jetzt alle Lohnfragen zurückstellen lassen sollten, bis sich die ökonomische Lage der Industrie geändert hat. In kurzen Worten: Es gibt keine Lohnerhöhungen, auch nicht im Falle entsprechender Preissteigerungen, solange die volkseigene Industrie nicht rentabel ist. Wann das jedoch geschehen soll, weiß bei ihren ständigen Planexperimenten nicht einmal die SED.

Dafür also soll es lohnen, Aktivist zu werden. Mit welchem Affront gegenüber den Kollegen diese Würde verbunden ist, steht auf einem anderen Blatt. Die soziale Überlegung allein aber sollte Warnung für kommende „Aktivisten“ sein.

J. B. Gradl:

Die Welt mobilisieren

Die Berlin-Woche des Bundestages ist genauso schnell vorübergegangen wie jede andere Woche. Das Parlament hat seine üblichen Ausschuß- und Plenarsitzungen absolviert. Die Tagesordnung war erfreulicherweise nicht für Berlin frisiert worden; gerade dadurch unterstrich sie die innere Selbstverständlichkeit des Ausflugs in die echte Hauptstadt. Ihr aktuell-politisches Gewicht bekam die Berlin-Woche von Regierungsseite her durch den Beschluß, die Bundesregierung umzubilden. Hat es, so kann man *dennoch* fragen, nun eigentlich einen Sinn, die Mühe, die Zeit und die Kosten aufzuwenden, um rund fünfhundert Abgeordnete und das zum Parlamentsbetrieb gehörende Begleitpersonal für eine knappe Woche von Bonn nach Berlin zu verlegen? Nach der vorjährigen Sitzung des Bundestages in Berlin prägte auf einer Tagung über das Thema Wiedervereinigung ein nicht unprominenter Teilnehmer das abfällige Wort vom Betriebsausflug des Bundestages und wollte damit ausdrücken, daß er sich von solchen „Nebensächlichkeiten“ keine gesamtdeutsche Wirkung verspreche.

Es ist immer wieder erstaunlich, daß sonst ganz intelligente Leute, nicht zuletzt auch Spitzen der Bürokratie, für den politischen Wert symbolhafter Akte kein Organ haben. Natürlich darf man sich nicht in krampfhafter Suche nach neuen Einfällen verlieren. Aber es genügt nicht, den nationalen Willen in Gesprächen, Reden, Debatten, Beschlüssen und Noten immer neu zu formulieren. Glaubhaft und lebendig wird dieser Wille für eine breitere Öffentlichkeit im eigenen Lande und in der Welt erst, wenn er durch Handlungen sichtbar gemacht wird, die den nationalen Willen beispielhaft konkretisieren. Es wird immer so bleiben, daß Handeln ernster genommen wird als Reden. Deshalb hat es einen guten Sinn, wenn die höchste Vertretung des deut-

schen Volkes hin und wieder — und wie wir wünschen möchten, öfter als einmal im Jahr — ihren verschiedenen gesamtdeutschen Willen auch dadurch sichtbar macht, daß sie in Berlin offiziell und als Ganzes arbeitet.

Gerade anlässlich dieser Tagung des Bundestages war von den zuständigen Fachleuten des Bundes und der Stadt zu hören, wieweit sie bereits in ihren Plänen sind. Und auch das war erfreulich zu hören, daß man nicht mehr an den Abriß des Reichstages denkt, sondern an seine Einbeziehung in den großen Gebäudekomplex, der für ein modernes Parlament gebraucht wird.

Die Finanzierungsfrage kann kein Hindernis sein. Wenn es möglich war, in der provisorischen Hauptstadt Bonn ein Dutzend provisorische Verwaltungszentren größten Formats neu zu bauen, dann müssen auch die zwei oder drei Dutzend Millionen aufzubringen sein, um in der endgültigen Hauptstadt einen endgültigen Großbau zu ermöglichen. Wir hoffen und wünschen — und „wir“ heißt in diesem Falle nicht nur die Berliner, sondern die siebzehn Millionen um uns herum —, daß Bundestag und Bundesregierung schnell die Initiative ergreifen. Es gibt viele Möglichkeiten, unseren Willen zur Wiedervereinigung praktisch zu verdeutlichen. Aber wenigens kann so wirksam sein wie der Aufbau des künftigen gesamtdeutschen Parlamentsgebäudes vor dem Brandenburger Tor. Mit einer Überzeugungskraft sondergleichen käme in diesem Symbol nicht nur die Echtheit des Bekenntnisses zur Hauptstadt Berlin, sondern auch die Festigkeit unseres Willens und Glaubens zum Ausdruck, daß die Einheit unseres Volkes in naher Zeit gelingen muß und geigen wird.

Solche feste Bezeugungen unseres nationalen Willens sind auch notwendig, um in der Sache der Wiedervereinigung vorwärtszukommen. Trotz der verständlichen Ungeduld und trotz der Illusionen, die mit Kontaktversuchen gezüchtet werden, bleibt die nüchterne Wahrheit, daß die Wiedervereinigung nur in zäher systematischer Arbeit auf dem Felde der internationalen Politik den Sowjets abgerungen werden

kann. Ob die sowjetische Politik sich schon jetzt oder erst nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen oder gar erst nach den Bundestagswahlen entscheidend äußern wird, das zeigt erst die Zukunft. Aber auf diesen Zeitpunkt hin gilt es, unseren Willen kraftvoll zu entwickeln und die Welt in unserem Sinne zu beeinflussen.

Kein Gesprächsboykott

Die Note der Bundesregierung vom 2. September an Moskau war ein guter deutscher Auftakt. Daß die Sowjets bisher nicht geantwortet haben, besagt nichts. Das Thema ist schwierig genug, und auch wir haben geraume Zeit für die Fertigstellung der Note gebraucht. Im Zentralorgan der SED war vorgestern zu lesen, daß „die Adenauer-Regierung eine provokatorische Deutschlandnote an die Regierung der UdSSR gerichtet“ habe. Ob auch die Sowjetregierung die Note als provokatorisch empfand oder ob es sich nur um einen Beeinflussungsversuch der Pankower Kommunisten handelt, wird die sowjetische Antwort zeigen. Die Ernennung des neuen sowjetischen Botschafters in Bonn, der durch seine Wiener Tätigkeit angenehmer gezeichnet ist als sein Vorgänger Sorin durch die Mitwirkung am Prager Umsturz, läßt immerhin schließen, daß Moskau einen Gesprächsboykott gegen Bonn nicht für zweckmäßig hält.

Daraus kann man die Hoffnung ziehen, daß die Sowjetunion ebenso wie wir selber — der Bundeskanzler hat das in seiner Berliner Pressekonferenz erkennen lassen — den Wunsch nach atmosphärischer Besserung hat. Von deutscher Seite kann, solange die Note vom 2. September nicht beantwortet ist, kaum mehr geschehen als eine unvoreingenommen - freundliche Aufnahme des neuen Gastes. Sowohl im offiziellen Bonn, zumal im Bereich des Auswärtigen Amtes und des Protokolls, als auch in gewissen publizistischen Organen Westdeutschlands sollte man daran denken, daß man in der Sache entschieden und im Ton dennoch freundlich sein kann.

Aktive Wiedervereinigungspolitik darf sich auch nicht damit begnügen, die Unterstüt-

(Fortsetzung auf Seite 7)

Kabinettsreform in Bonn

Blücher bleibt Vizekanzler — Strauß Verteidigungsminister

Bonn (Eigenmeldung). In der seit Monaten vieldiskutierten Frage einer Kabinettsreform ist nunmehr die endgültige Entscheidung gefallen. Bundespräsident Heuss hat auf Vorschlag des Bundeskanzlers den bisherigen Atomminister Strauß zum Bundesverteidigungsminister ernannt. Der bisherige Verteidigungsminister Blank sowie Bundesjustizminister Neumayer und die beiden Sonderminister Kraft und Schäfer scheiden aus dem Bundeskabinetts aus. Bundesratsminister von Merkatz wurde zum Bundesjustizminister ernannt und Bundespostminister Dr. Balke zum Bundesminister für Atomfragen. Balke führt in Personalunion das Postministerium weiter. Das Überraschendste an der Kabinettsfrage ist, daß Blücher in der Regierung bleibt.

Bundeskanzler Adenauer hatte die vier ausscheidenden Bundesminister vor seiner Entscheidung empfangen. Die später bekanntgegebene Kabinettsreform zugunsten Blüchers ist nach Ansicht unterrichteter Kreise nicht zuletzt auf die entschiedene Weigerung Bundeswirtschaftsminister Erhards zurückzuführen, keinen anderen Bundesminister als Vorsitzenden des Wirtschaftskabinetts anzuerkennen.

Im Bundesverteidigungsrat dem zweiten großen Kabinettsausschuß, ist dagegen eine Veränderung vorgesehen, die aber noch nicht offiziell bekanntgegeben wurde. Vorsitzender bleibt der Bundeskanzler. Wie verlautet, soll sein ständiger Stellvertreter Bundesinnenminister Dr. Schröder sein. Der Verteidigungsrat hat die Aufgabe, die Arbeit der Ministerien nicht nur auf dem Gebiet der Wehrpolitik, sondern auch hinsichtlich der Heimatverteidigung, die zur Zuständigkeit des Innenministeriums gehört, zu koordinieren.

Am Dienstagnachmittag berichtete Adenauer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und den Vorständen der Regierungsparteien über die Umbildung des Kabinetts. Zum Wechsel im Verteidigungsministerium sagte er, daß dafür sowohl internationale wie innerpolitische Gründe die Hauptursache seien. Der Kanzler, der Blank seiner größten Hochachtung versicherte, stellte fest, er habe in der letzten Zeit die Überzeugung gewonnen, daß es Blank nicht mehr gelingen würde, die seit dem Scheitern der EVG sich sowohl international wie innerpolitisch verstärkenden Widerstände gegen die Bundeswehr zu überwinden. Strauß werde, so erklärte Adenauer weiter,

auf der nächsten NATO-Sitzung den anderen Partnern verständlich machen müssen, daß die Bundesrepublik in ihren bisherigen Zusagen für die Aufstellung der Bundeswehr in dem Umfang zu weit gegangen sei.

Die anschließende Debatte in der CDU/CSU-Fraktion war ruhig. Als Sprecher der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft brachte Sabel die Loyalität gegenüber dem ausscheidenden Blank zum Ausdruck.

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richtthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

„Jugend beschenkt Jugend“

Großtagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“

Berlin (Eigenbericht). Das Kuratorium Unteilbares Deutschland wird Ende November mit allen seinen Ortskuratorien eine Tagung in Berlin abhalten, zu der 250 bis 300 Teilnehmer erwartet werden. Dies teilte der Generalsekretär des Kuratoriums, Dr. Schütz, vor der Berliner Pressekonferenz mit. Im Mittelpunkt der Berlin-Tagung soll eine Verstärkung der Kontakte von Mensch zu Mensch mit der Bevölkerung der Sowjetzone stehen.

Zu den erörterten Vorschlägen des Berliner Ortskuratoriums teilte Dr. Schütz mit, das „Unteilbare Deutschland“ appelliere an die gesamte Jugend und ihre Erzieher im Bundesgebiet, an der Saar und in Westberlin, Weihnachtsgeschenke für die Jugend in Mitteldeutschland vorzubereiten. Diese Geschenke könnten im Kunst-, Handarbeits- und Werkunterricht, in Jugendgruppen, Arbeitskreisen und auch daheim angefertigt werden. Man sollte auch nicht vergessen, daß auch Bilder, Fotos und Zeichnungen Freude bereiten. Zahlreiche Schulen und Jugendgruppen hätten bereits für ihre Freunde in Mittel-

deutschland in den letzten Jahren Weihnachtsgeschenke angefertigt. Jetzt wolle man unter dem Leitwort „Jugend beschenkt Jugend“ die Verbundenheit aller bekunden.

Dr. Schütz betonte, daß die Pflege der kulturellen Kontakte zwischen der Bundesrepublik und der Bevölkerung der Sowjetzone erheblich intensiviert werden müßten. Dazu sei nicht nur Geld notwendig, sondern es müßten auch neue Formen gefunden werden. Man denke z. B. an Bücher, die von der Sowjetzonenbevölkerung bei einem Besuch in Westberlin oder im Bundesgebiet 1:1 erworben werden könnten.

Fünf Deutsche dürfen zurück

Moskau (DPA). Fünf deutsche Staatsangehörige — unter ihnen ein Kind — haben von der sowjetischen Regierung die Erlaubnis zur Ausreise in die Bundesrepublik erhalten. Die fünf Deutschen stehen auf der Liste von etwa 1000 Personen, die nach Ansicht der Bundesregierung deutsche Staatsbürger sind und noch in der Sowjetunion zurückgehalten werden.

Freie Bahn für Titoismus?

DT. Rumäniens und Bulgariens Kommunistenprominenz gebärdet sich gegenüber Tito zurückhaltender als Polen und Ungarn. Das bedeutet aber nicht unbedingt, daß die Entstalinisierung in Bukarest und Sofia geringere Fortschritte macht als in Warschau und Budapest. Abkehr vom Stalinkurs ist nicht gleichzusetzen mit Abkehr von Moskau und mit Neigung zu Belgrad. Die antistalinistische Politik Chruschtschows ist eben nicht identisch mit der antistalinistischen Haltung Titos. Die beiden mögen sich in ihrer Verurteilung des toten Diktators einig sein, also in der Verurteilung der Vergangenheit; in der Beurteilung von Gegenwart und Zukunft sind sie es jedenfalls nicht.

Das wurde kürzlich durch die Krim-Konferenz überdeutlich. Immerhin wird zwischen Tito und Chruschtschow Kontakt gehalten; es besteht ein Zweck- und Nützlichkeitsverhältnis, das allerdings alles andere als ein politisches Liebesverhältnis ist. Und auf dieses Verhältnis müssen sich nun die Ostblockländer einstellen. Moskau gibt ihnen hierfür die Direktive, die wesentlich durch Titos Wünsche mitbestimmt wird. Diese Wünsche Titos waren bisher persönlicher Art und betrafen weniger Rumänien und Bulgarien, als Polen und Ungarn, wo seine schärfsten Feinde saßen. Die gewünschten Ausbootungen erfolgten, die Wiedereinsetzung der Rehabilitierten geht merk- würdig langsam vonstatten.

Wie zäh diese personellen Wünsche Titos mit Chruschtschow ausgehandelt werden, zeigen deutlich die Hintergründe des gegenwärtigen Besuches der ungarischen Kommunistendelegation in Belgrad. Sie wird an-

geführt vom KP-Sekretär Gerö, dem Nachfolger des gestürzten Tito-Gegners Rakosi. Aber Gerö ist alles andere als Titoist. Er gilt als unbedingte Moskautreue. Gerö wurde schon zu den Gesprächen auf der Krim hinzugezogen. Das heutige Moskau hat sich also demonstrativ zu diesem getreuen Ungarn bekannt und bei Tito erreicht, daß er und kein ungarischer Titoist jetzt als Delegationsführer nach Belgrad fuhr.

Titos Prestige ist in Jugoslawien und im ganzen Ostblock sehr gewachsen, aber seine Politik bleibt auf Jugoslawien beschränkt ohne jede Möglichkeit einer expansiven Initiative. Dafür garantieren an der ungarisch-jugoslawischen Nahtstelle so moskautreue Leute wie Gerö. Tito kann und wird aber schon zufrieden sein, wenn die Ostblockländer tatsächlich in die Lage versetzt werden, ihre eigenen Wege zum Sozialismus zu gehen, sich also zur freiwilligen Nachahmung und Übernahme gewisser titoistischer Auffassungen entschließen. Das werden jedoch nur innenpolitische Umstellungen sein, vor allem Umformungen der Wirtschaftsstruktur.

Die Frage, warum überhaupt Moskau eine gewisse innere Liberalisierung in den Ostblockstaaten und damit die Nachahmung titoistischer Errungenschaften zuläßt, kann eben nur aus der innenpolitischen Situa-

tion dieser Staaten beantwortet werden. Sie haben nur Mißerfolge aufzuweisen mit der Übernahme der zentralistischen Wirtschaftsmethode des orthodoxen Kommunismus nach so-wjetischem Vorbild. Die Unzufriedenheit hierüber trat durch den Posener Aufstand klar zutage. Sollen also die Ostblockstaaten ihre eigene sozialistische Wirtschaftsmethode entwickeln, auch wenn sie sich von der so-wjetischen unterscheidet und der titoistischen dezentralisierten „Betriebsdemokratie“ nahekommt — wenn damit nur die Unzufriedenheit der arbeitenden Massen abgelenkt wird, sich jedenfalls nicht mehr gegen Moskau richtet! Solche sowjetischen Überlegungen liegen fraglos dem merkwürdigen Verhältnis zu Tito zugrunde. Er ist als Verkörperung des aktuellen National-Kommunismus so volkstümlich, daß er nicht über-gangen werden kann in dieser Periode des Aufbegehrens der europäischen Völker. Innen dürf-die Sowjets soviel Titoismus wie möglich gestatten, um den positiven Eindruck einer „echten Wandlung“ innerhalb des kommunistischen Blocks zu erzeugen, ohne daß dabei die tatsächliche Abhängigkeit von Moskau, vor allem militärischer Art, so beseitigt wird, wie es Tito einst nur durch seinen offenen Bruch mit dem Krenl möglich gewesen ist. Ob und wie aber dieser Versuch den Entwicklungsprozeß in Ost-europa zu beeinflussen vermag, ist eine andere Frage.

Smirnow ernannt

Moskau (AP). Die sowjetische Regierung hat die Ernennung des bisherigen sowjetischen Botschafters in Österreich, Andrej A. Smirnow, zum neuen sowjetischen Botschafter in der Bundesrepublik bekanntgegeben.

Politische Beobachter in Moskau rechnen mit der Möglichkeit, daß die Sowjetregierung nach der Ernennung eines neuen Botschafters für Bonn auch die Wiedervereinigungs-note der Bundesregierung beantworten wird.

Dr. Robert Lehr †

Düsseldorf (AP/DPA). Der ehemalige Bundesinnenminister Dr. Robert Lehr ist kürzlich im Alter von 73 Jahren in seiner Düsseldorfer Wohnung an einem Herzinfarkt gestorben.

Dr. Lehr, einer der Mitbegründer der CDU, war im Oktober 1950 als Nachfolger Dr. Heinemanns zum Innenminister ernannt worden. Er leitete dieses Amt bis zum Ende der Legislaturperiode

Kampf über den Wolken

Flucht durch Geheimpolizisten verhindert

Budapest (AP). In einem ungarischen Passagierflugzeug hat sich ein blutiges Handgemenge abgespielt, als zwei Geheimpolizisten der Versuch von vier Männern vereitelten, eine Kursänderung der Maschine zu erzwingen und auf diese Weise nach der Bundesrepublik zu

flüchten. Dies gab das ungarische Innenministerium bekannt. Einer der vier Männer wurde bei dem Kampf über den Wolken erschossen, ein weiterer verletzt. Nach der amtlichen Darstellung war die ungarische Polizei von dem beabsichtigten Fluchtversuch in Kenntnis gesetzt worden.

So sind sie wirklich:

Kommt gleich hinter Goethe

ADOLF HENNECKE

Der Mann selbst existiert eigentlich gar nicht mehr, das Heer nachkommender Aktivisten hat ihn schier erdrückt. Nur der Name — fast zum Witz geworden — bewegt noch die Gemüter: Hennecke. War der Begriff „Stachanow“ noch irgendwie mit der gewaltigen Industrialisierung Rußlands verknüpft, dieser hier vermochte niemals ganz der Komik zu entsagen.

Adolf Hennecke wurde einmal am 25. März 1905 als Sohn eines westfälischen Bergarbeiters, das zweitemal auf Grund einer Anfrage des SED-Zentralkomitees an die Parteigruppe des Ölsnitzer Steinkohlenreviers am 1. Oktober 1948 geboren. Das klingt etwas kurios, läßt sich aber rasch erklären.

Das Telegramm aus Berlin

Dieser Hennecke war ein harmloses Licht, bis er in die Mühle der Partei geriet. Wie sein Vater war er Bergmann geworden, ein einfacher Arbeiter ohne politische Ambitionen. Während des Krieges wurde er nach Sachsen verschlagen und arbeitete nach 1945 als kleiner Angestellter in einem VEB. Er trat in die SED ein und wurde im Herbst 1948 als Instrukteur in das Ölsnitzer Steinkohlenrevier versetzt.

Der Steinkohlenbergbau der Zone war zu diesem Zeitpunkt das Sorgenkind der SED. Gemeinsam mit der damaligen Landesleitung Sachsen bereitete darum das Zentralkomitee eine Sonderaktion vor: Eine einmalige Stachanow-Leistung sollte die Wettbewerbsbewegung im Bergbau starten. Der Auftakt war ein Telegramm aus Berlin: „Erwarten Vorschläge für Auslösung des sozialistischen Wettbewerbs!“ Zu Adolf Henneckes Ehre muß gesagt werden, daß er sich so lange wie möglich vor der zweifelhaften Ehre drückte. Dann aber erklärte er sich bereit. Am 1. Oktober 1948 stieg er erstmals wieder als Häuer in den Schacht, eine ausgesuchte SED-Brigade mußte



ihm assistieren. Am 13. Oktober kam der große Tag...

Reporter

waren schon bestellt

24 Stunden zuvor ging es im Steinkohlenwerk „Karl Liebknecht“ wie in einem Taubenschlag. Aus Leipzig, Chemnitz und Berlin waren die Reporter erschienen, sogar das Zentralkomitee hatte zwei Vertreter entsandt. Nach zwölfmaliger Vorbereitung vollbrachte Hennecke seine Leistung: 387 Prozent der Norm! Es war eine bis ins Letzte vorbereitete Tat, Hennecke selbst war daran am unschuldigsten.

Bereits am nächsten Morgen brachte die sowjetamtliche „Tägliche Rundschau“ die abgesprochene Sonderaufmachung heraus. Der Name Hennecke wurde über Nacht zum umstrittenen Begriff. Der Gefeierte selbst fuhr nur noch ein paar Male in den Schacht. Die an den 387 Prozent mitgearbeitet hatten, wurden stillschweigend befördert und in andere Reviere versetzt. Hennecke aber erhielt ein knappes Jahr darauf den Nationalpreis 1. Klasse, immerhin 100.000 Mark. Und der spätere Kultusminister Becher sagte in einer Würdigung des Arbeitshelden: „Auch eine solche Pioniertat ist eine kulturelle Leistung, die uns weiterbringt! Niemand wird sich schämen,

gleichzeitig von Hennecke und von Goethe zu reden...!“

Der Weg hinauf

Damit hatte Hennecke seine Schuldigkeit getan. Es folgten die Franiks, die Frida Hockaufs und die anderen Ungezählten, die die Normen höher-treiben halfen. Der „Verdiente Bergmann“ Hennecke — jene Würde brachte ihm nochmals 10.000 Mark — wurde Abteilungsleiter in einem Ministerium. Im Herbst 1950 kam er in den Bundesvorstand des FDGB, im Frühjahr 1954 wurde er Mitglied des Zentralkomitees der SED. In der Volkskammer mußte er zuerst das Land Sachsen, später den Bezirk Chemnitz vertreten. An Ehren und Ämtern blieb ihm nichts erspart. Als Mitglied des Wirtschaftsausschusses der Volkskammer macht er eine nicht minder unglückliche Figur als in seiner heutigen Position als Leiter des gesamten Rationalisierungs- und Erfindungswesen im Ministerium für Schwerindustrie. Die SED-Kollegen helfen ihm nachsichtig über manches hinweg. Als „Ehrenmitglied der FDJ“ hält er gelegentlich Vorträge vor Oberschülern und „Jungen Pionieren“.

Er selbst glaubt nicht mehr so recht an das, was 1948 war, wenn er mit dem eigenen Wagen sein Pankower Häuschen verläßt, das ihm der Rat des Stadtbezirks als Präsident offerierte. Für ihn sind die paar Tonnen Kohle, die er der SED aus der sächsischen Erde holen durfte, Gold geworden. Nur einen anderen Namen möchte er manchmal haben, um sich an all dem zu freuen, was ihm das System bescherte...

SAS: Nicht in Ostberlin

Stockholm (AP). Der Direktor der skandinavischen Luftfahrtsgesellschaft SAS dementierte schwedische Presseberichte, daß die SAS gegenwärtig mit den sowjetzonalen Behörden verhandle, um Landrecht für Ostberlin zu erwerben. Diese Berichte seien „völlig falsch“.

I Transparent = eine renovierte Stube

Eine Propaganda-Seuche, mal in Zahlen betrachtet

Seit die SED dahintergekommen ist, wie unsinnig und psychologisch dumm sie mit ihrer aufdringlichen „Sichtwerbung“ verfahren ist, ist in der kommunistischen Presse von einer „Transparentitis“ die Rede. Jene, die gestern noch für den ganzen Unfug verantwortlich zeichneten, möchten sich heute lustig machen über dieses Ärgernis. Und es scheint, als habe man all die bunten Schilder und Spruchbänder nur auf den speziellen Wunsch des Bürgers an die Hauswände gepappt. Immerhin — man spricht darüber. Nur eines vergißt man zu sagen, nämlich: Was das alles kostet und gekostet hat!

Möchten Sie ein paar Beispiele wissen? Sehen Sie: Ein durchschnittliches Transparent, so quer über die Friedrichstraße, mit einer mittellangen Losung beispielsweise für die Produktionssteigerung, kostet inklusive Material, Entwurf, Arbeitslohn und Montage 350 Ostmark. Ein kleines Transparent an Ihrem Haus, das für die deutsch-sowjetische Freundschaft wirbt und von der staatlichen Werbeagentur ausgeliefert wurde, kostet inklusive 120 Ostmark. Das ist soviel wie die Totalrenovierung Ihrer guten Stube!

1 Malkollektiv: 60 000 DM

Eine Kollektivgruppe von Malern und Werbegravurkern, die nur dem „Berliner Ausschuß für die Nationale Front“ zur Verfügung steht, empfängt allmonatlich zusammen Gehälter von 60 000 Ostmark. Für dieses Geld werden Plakate und Transparente entworfen, Veranstaltungsräume dekoriert und Häuserfassaden verunstaltet.

Eine einzige Parteiveranstaltung für Westberliner SED-Mitglieder im Friedrichstadtpalast kostete dieser Tage — nur für Dekorationen und Blumenarrangements — die Summe von 46 000 Ostmark. Überdenkt man nur einmal das oft völlig sinnlose Zeug, das auf diesen Transparenten dargeboten wird, so liegt der Schluß nahe, daß der Bürger abgestoßen wird. Das gutgemeinte Schlagwort wird durch seine tausendfache Plakatierung zur abernen, kitschigen Phrase. Der Redner, der es schließlich gebraucht, wird innerlich ausgelacht. Die „Deutsche Werbe-AG.“ (DEWAG), einst ein mittleres Unternehmen, hat sich heute mit ihren Tochterunternehmen zu einem regulären Plakatierungs-Konzern ausgebildet. Zehntausende

vom Handel und in der Industrie dringend benötigter Nachwuchskräfte mühen sich, die Politik von Partei und Regierung auf Leinwand und Papier zu propagieren.

Die Kehrseite

Anders herum sieht es so aus: Die sowjetzonale Fahrzeugindustrie hatte einen nachweisbaren Mißerfolg bei Handelsversuchen mit den skandinavischen Ländern, nicht zuletzt durch eine schlechte Verkaufskampagne. So wurde den Zwickauer Motorenwerken beispielsweise nicht gestattet, einen vorbereiteten 36seitigen Katalog herauszubringen, weil der Herstellungspreis jedes Exemplars über 3 Ostmark lag. Zum gleichen Zeitpunkt warf die „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“ Werbroschüren in eineinhalb Millionen Auflage auf den Markt, die im Lackdruck 1,80 Ostmark das Stück kosteten. Der Großteil dieser Auflage ist nie verteilt worden, weil man sich höhererorts nicht im klaren darüber war, ob die Dinger für 10 Pfennig „Unkostengebühr“

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2. Druck: W. Bixenstein, GmbH.

oder gratis abgegeben werden sollten. Ein Millionenvermögen in nunmehr unabsetzbarer Makulatur liegt jetzt in den Rumpelkammern der kommunistischen Organisationen.

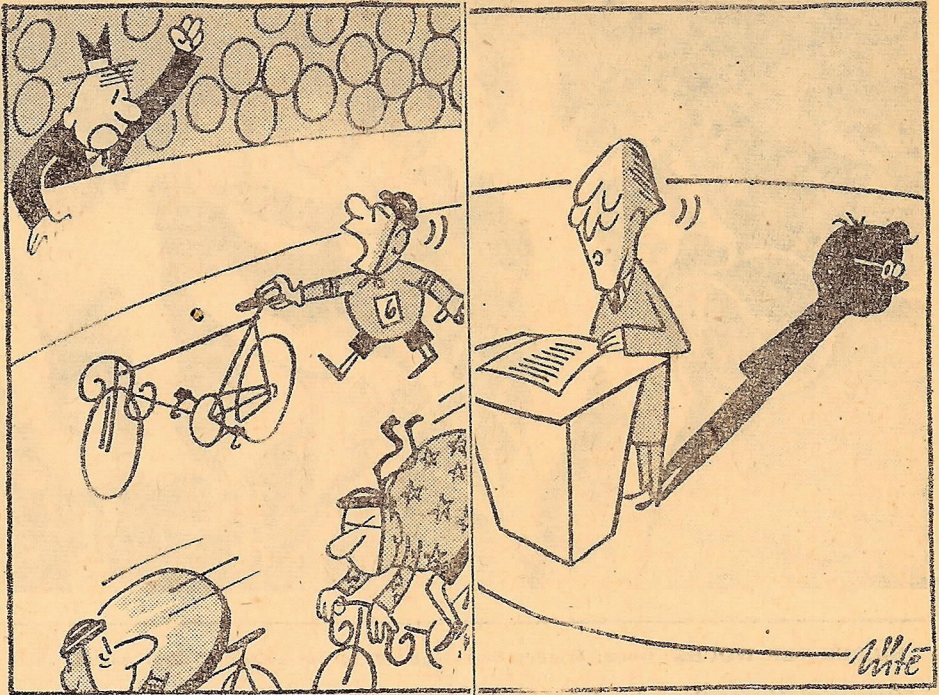
Auch daran sollte man denken, wenn das Wort „Transparentitis“ fällt. Allein die von der SED geprägte Bezeichnung ist blanker Hohn. Die Bevölkerung hat den transparentierten Kitsch zu keiner Stunde verlangt, sie ist zu dessen Duldung gezwungen worden. Nun macht sich die SED noch lustig darüber, und die wirtschaftliche Seite wird wohlweislich verschwiegen.

„Nicht nur Sache der Deutschen“

Wiedervereinigung beschäftigt Europarat

Straßburg (DPA). Der Beratenden Versammlung des Europarates, die in Straßburg zu einer vierzehntägigen Sitzung zusammengetreten ist, liegt ein Bericht des politischen Ausschusses vor, in dem die deutsche Wiedervereinigung einen wichtigen Platz einnimmt. Der Ausschuß ruft die Beratende Versammlung auf, sich feierlich zur deutschen Wiedervereinigung zu bekennen und der Sowjetunion klipp und klar zu sagen, daß dieser Schritt Vorbedingung für die Verbesserung der Beziehungen zwischen West-

europa und der UdSSR sei. „Die Sowjetunion muß davon überzeugt werden, daß die deutsche Wiedervereinigung nicht nur ein Sache der Deutschen allein ist, sondern von allen europäischen Völkern verlangt wird, und daß die UdSSR mit der Wiedervereinigung nicht nur eine Grundbedingung für eine Verständigung mit 70 Millionen Deutschen erfüllt, sondern auch für eine Verständigung mit 250 Millionen Europäern, die die deutsche Wiedervereinigung für so wichtig halten wie die Deutschen selbst.“



„Wohl noch nie war von 40-Stunden-Kabinettsreform in Bonn: ... und der Woche gehört, war?!“
Blücher bleibt Vizkanzler!“

Die Welt mobilisieren

(Fortsetzung von Seite 2)

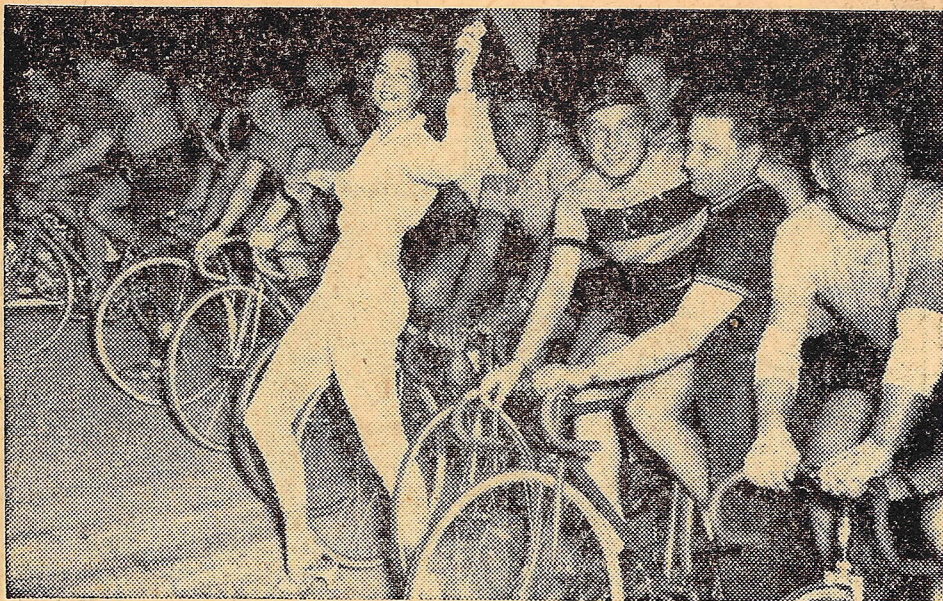
zung der westlichen Großmächte zu haben. Die Bundesregierung muß auch die übrige Welt stärker für das deutsche Verlangen mobilisieren, den weiten Raum von Indien und Indonesien bis zu den süd- und mittelamerikanischen Staaten. Alle diese Länder sind Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, und sie haben — wie sich eben im Suezstreit gezeigt hat — insgesamt nicht weniger Gewicht für die Bildung eines politischen Weltwillens als die drei oder vier Großen. Übrigens halten wir es für die erfreulichste Nachricht dieser Woche, daß ein Kompromiß im Suezstreit ernsthaft möglich erscheint. Gelingt es, dann werden die Köpfe der Welt auch für unser Problem wieder freier.

Unter dem Thema „freie Wahl-

len“ ist die deutsche Frage früher einmal vor der UN behandelt worden. Damals — vor fünf Jahren in Paris — ist im Effekt nichts herausgekommen wegen des sowjetischen Njet. Aber damals schon war es eindrucksvoll, wie gerade jüngere Nationen unser Verlangen nach Einheit nicht nur wohlwollend, sondern sogar leidenschaftlich unterstützten. Hier ist ein Stimmungspotential, das für uns nutzbar gemacht werden kann; man muß nur systematisch an die Arbeit gehen. Die Exil-CDU hat dazu eine umfassende diplomatische Aktion bei den Mitgliedsstaaten der UN vorgeschlagen.

Stärker als vor fünf Jahren — als Stalin noch herrschte — sind die Sowjets heute empfänglich für die öffentliche Meinung der Welt. Die Sowjetunion strebt aus mancherlei Gründen

nach dem Eindruck, keine imperialistische und kolonialistische Macht zu sein. Während der Suezkrise hat der sowjetische Außenminister Scheptow in London erklärt, man dürfe nicht „dem einen oder dem anderen Volk eine innere Einrichtung aufzwingen, die zwar diesen oder jenen fremden Mächten gefallen möge, aber beim Volk selbst nicht die notwendige Unterstützung und Sympathie findet“. Für solchen Grundsatz gewinnt man keine Glaubwürdigkeit, wenn man ihn ständig in so eklatanter Weise verletzt, wie es auf deutschem Boden geschieht. Wenn also internationale Glaubwürdigkeit für die sowjetische Politik ein wesentliches Ziel ist, dann ist es ein guter Ansatzpunkt deutscher Aktivität, die Länder der Welt in sachlicher, aber eindringlicher Weise auf unsere für den Weltfrieden wichtigsten Problemfall im Herzen Europas hinzuweisen.



BILDER DER WOCHE: Oben: Wieder Sechstagerennen im Berliner Sportpalast. „Miß Germany“, Marina Orschel, gab das Startzeichen. — Unten: Die ersten Wehrpflichtigen in Österreich. In dieser Woche rückten 13 000 Rekruten des Jahrgangs 1937 ein.

